

Beschlüsse der 1. Tagung der 9. Hauptversammlung

am 19. November 2022 im Rathaus Treptow

Inhalt

Beschluss 1 Niemanden zurücklassen	1
Beschluss 2 Festlegung der Stärke und Struktur des Bezirksvorstands	4
Beschluss 3 Aktionsprogramm der Linken Treptow-Köpenick - DIE LINKE in Treptow-Köpenick als emanzipatorische Kümmererpartei	4
Beschluss 4 Beschluss zur Findung einer gemeinsamen Position des Bezirksvorstandes, der Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick und den Abgeordneten im Abgeordnetenhaus Berlin für den Bezirk Treptow-Köpenick zum Bebauungsplan 9-7 Spreepark	6
Beschluss 5 Feministische Politik in Treptow-Köpenick zur Querschnittsaufgabe machen!	8
Beschluss 6 Beschluss Awarenesskonzept im Bezirk.....	9

Beschluss 1

Niemanden zurücklassen

Die aktuellen Krisen führen zu dramatischen Preissteigerungen bei Heiz- und Stromkosten, bei der industriellen Produktion und bei Importgütern. Die Folge ist eine allgemeine angebotsgetriebene Inflation. Erdgas- und Rohölpreise sind dramatisch gestiegen. Die Preissteigerungen sind dabei zum Teil spekulationsgetrieben, einige Konzerne nutzen die unsichere Lage um erhebliche Übergewinne einzustreichen. Zu erwarten sind nicht nur Probleme bei den Energiekosten, sondern auch weitere Verteuerungen von Gütern des täglichen Bedarfs und Lebensmitteln. Die zeitweiligen Gegenmaßnahmen und Einmalhilfen der Bundesregierung und die Steigerung von Lohn-, Renten-, bzw. Transferleistungen stolpern der Inflation seit Monaten hinterher.

DIE LINKE fordert effektive Maßnahmen zur Preisregulierung und zur Abfederung sozialer Härten von Menschen im Transferbezug bis hin zu mittleren Einkommen. Dazu gehören u.a. ein Energiegeld, ein Preisdeckel für Strom und Gas, das Verbot von Strom-, Gas- und Wohnungskündigungen, ein bundesweiter Mietendeckel und die rasche Einführung einer Übergewinnsteuer zur Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen.

Damit vertritt unsere Partei die Interessen vieler, die sich mit Recht Sorgen vor dem Spätherbst und Winter machen müssen. Ohne dabei die Schwächsten gegen andere Schwache auszuspielen. Die Alternative, sich durch die Rücknahme der Sanktionen gegen Aggressor Russland auf Kosten der vom Krieg gebeutelten Menschen in der Ukraine den Wohlstand hierzulande zu sichern, kann nicht Politik einer solidarischen LINKEN sein. Stattdessen setzen wir darauf, hierzulande genauso zielgenau zu helfen, wie wir Hilfe für die Kriegsoffer in der

Ukraine und anderswo oder für Deserteure aus Russland fordern. Ganz im Sinne der Beschlüsse des Erfurter Parteitages.

Geschlossenheit ist das Gebot der Stunde

Die Partei ist darauf angewiesen, dass Beschlüsse ihrer Gremien, insbesondere die von Parteitagen, von ihren Mandatsträger:innen mitgetragen werden. Die Beliebigkeit von öffentlich vorgetragenen Positionen hat uns in den letzten Jahren mehr und mehr geschwächt und wesentlich zum Profilverlust beigetragen. Wir erwarten von allen, die für unsere Partei und in unseren Fraktionen Verantwortung tragen, dass die auf Parteitagen und die zuletzt in Erfurt beschlossene Haltung in grundlegenden Fragen wie Krieg und Frieden, gleiche Rechte für alle Menschen, offene Migrationspolitik und internationale Solidarität sowie konsequente Klimapolitik getragen und vermittelt werden.

Auch im Berliner Landesverband und in unserer Bezirksorganisation ist Geschlossenheit gefragt. Und wird meist gelebt. Deshalb ist es uns gelungen, in der Berliner rot-grün-roten Koalition, eine Rücklage für die Energiekostensteigerung im Landeshaushalt zu schaffen, Kündigungen und Zwangsräumungen in kommunalen Wohnungsunternehmen auszuschließen, sich für eine Nachfolgereglung zum 9-Euro-Ticket in Berlin einzusetzen, die soziale und kulturelle Infrastruktur zu sichern, die Rekommunalisierung von Fernwärmenetzen und GASAG weiter voranzutreiben und weiter geschlossen für die Umsetzung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen und co enteignen“ einzutreten.

Unterschiede anerkennen

Gemeinsam haben wir uns in Treptow-Köpenick hinter die Kampagnen „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gestellt. Auf der Straße, genau wie mit einem Antrag in der BVV. Gemeinsam haben wir mit verschiedensten Formaten im Heißen Herbst gekämpft. Ob an Infoständen, mit der Koch-Aktion auf dem Köpenicker Schlossplatz, mit Kundgebungen in Treptow oder im Gespräch mit Nachbar:innen und Freund:innen. Wir haben als Bezirksvorstand mit der AG Frauen über feministische Politik beraten und in der BVV Anträge zur Ausgabe kostenfreier Menstruationsartikel, die kostenfreie Nutzung öffentlicher Toiletten für alle und gegen die Diskriminierung von Frauen an der Plansche im Plänterwald durchgesetzt. Dazu haben wir in Vorbereitung der Wahlen zum Bezirksvorstand dafür gesorgt, dass im neuen Vorstand nicht weniger Frauen als Männer vertreten sind und wollen beim neuen Bezirksvorstand Ansprechpartner:innen für Betroffene von sexualisierter Gewalt benennen. Wir haben uns für Kiezblocks eingesetzt; zuerst in Alt-Treptow, im nächsten Schritt an anderen geeigneten Orten im Bezirk. Und streiten genauso für sichere Straßen-Querungen, Geschwindigkeitsreduzierungen und bessere ÖPNV-Anbindungen, wie für bezahlbaren Wohnraum oder gegen unakzeptable Verdichtungen von Wohnquartieren. Wir waren mit unserem 1.-Mai-Fest am Schlossplatz, Wahlkreistagen oder Kiezspaziergängen unserer Abgeordneten, mit dem Sommerfest der BVV-Fraktion, mit regelmäßigen Infoständen, Waldputz-Aktionen im Allende-Viertel, Informationsveranstaltungen oder Sozialberatungen in den Abgeordnetenbüros präsent und ansprechbar. Via Facebook, Twitter, als Podcast, als Newsletter, mit Haustürgesprächen, oder mit unserem „Blättchen“, aktionsbezogenen Flugblättern oder dem monatlich erscheinenden Fuchs.Brief informieren wir regelmäßig über unsere Aktivitäten und Vorschläge.

Wir haben dabei gelernt, dass im zentrumsnahen Alt-Treptow oder in Schöneweide andere politische Erwartungen an uns gestellt werden als in den Eigenheimgebieten im Süden oder dem Kosmosviertel in Altglienicke. Und andere Formen der Ansprache notwendig sein

können. Feministische Ideen zünden eher im urbanen Zentrum, Enteignungen großer Wohnungsunternehmen interessieren betroffene Mieter:innen mehr als Eigenheimbesitzer:innen und für Kiezblocks gibt es in dicht bebauten Gebieten viel Unterstützung, während am Stadtrand mit Recht auf die Notwendigkeit intelligenter Verkehrskonzepte zur Ermöglichung des Verzichts auf das eigene Auto hingewiesen wird. Mit diesen Widersprüchen produktiv umzugehen ist notwendig und möglich, wenn bei allem der solidarische Markenkern DER LINKEN vorangestellt wird. Der niemanden zurücklässt. Das heißt für uns zu akzeptieren, dass es nicht eine bessere oder schlechtere oder gar eine gute und falsche Politik von LINKEN gibt, sondern dass unsere Vorschläge zu den Gegebenheiten vor Ort passen müssen.

Gemeinsam wieder attraktiv werden

Seit Monaten verzeichnet die LINKE auch in Treptow-Köpenick eine zunehmende Zahl von Parteiaustritten. Verbunden mit dem hohen Durchschnittsalter verlieren wir immer mehr Parteimitglieder; darunter viele jüngere mitten im Erwerbsleben. Parteieintritte gibt es nur vereinzelt. Und das gleichermaßen in allen Ortsteilen. Stück für Stück verlieren wir damit die politische Handlungsfähigkeit an der Basis. Die „Kümmerer-Partei“ von einst, aus der wir lange unsere Stärke schöpfen konnten, scheint Geschichte. Der Gebrauchswert der Partei für die Bürger:innen geht damit Stück für Stück verloren.

Wir sind davon überzeugt, dass sich Kümmern und Verankerung in der Bürger:innengesellschaft die Basis einer solidarischen LINKEN ist. Darauf wollen wir unsere Kräfte konzentrieren und damit zugleich neue Mitstreiter:innen für uns gewinnen.

Gemeinsamkeiten voranzustellen ist der Schlüssel für einen neuen Gebrauchswert und damit für die Zukunft unserer Partei. Das ist auf Bundesebene mit dem Erfurter Parteitag, auf dem alle maßgeblichen Anträge von sehr großen Mehrheiten getragen wurden, zum Teil gelungen. Da Zukunft aber nicht von oben beschlossen, sondern nur an der Basis gelebt werden kann, wollen wir bei uns im Bezirksverband Treptow-Köpenick spätestens jetzt damit anfangen.

Wahlwiederholung, Winter-Wahlen

Die Organisation der Wahlwiederholung in Berlin ist erste Aufgabe des neuen Bezirksvorstandes. Die Organisation des Wahlkampfes soll der Bezirksvorstand selbst und seine Wahlkreisverantwortlichen übernehmen. Für die Zusammenarbeit mit den Wahlkampfstrukturen des Landes werden Verantwortliche benannt.

Für die BVV-Wahlen gilt unser 2021 beschlossene Wahlprogramm fort. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung ist mit der Umsetzung vieler Verabredungen längst begonnen worden. So stellt sich die von DER LINKEN mitgetragene Mehrheit der BVV entschieden gegen Diskriminierung, Demokratiefeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Feindlichkeit gegenüber queeren Menschen. Dazu gehört die weitere Förderung des Zentrums für Demokratie sowie von Projekten der Frauen- und Queerarbeit. Mit uns bleibt Treptow-Köpenick offen, tolerant und vielfältig. Mit dem Wechsel an der Spitze der Abteilung für Stadtentwicklung des Bezirksamtes ist ein Mentalitätswechsel hin zu mehr Bürger:innennähe, mehr Grünflächen und einer behutsameren Stadtentwicklung gelungen. Das Bezirksamt arbeitet an der Umsetzung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie. Der Erhalt der sozialen Infrastruktur ist mit dem Doppelhaushalt 2022/23 genauso umgesetzt worden wie die Eröffnung des elften kommunalen Kiezklubs im Allendeviertel.

Wir werden darüber hinaus in unserem bezirklichen Wahlkampf folgende politische Forderungen voranstellen:

Die Vorschläge und Pläne der LINKEN gegen die Krise, Inflation, Energiearmut.

Die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ in Verbindung mit den Vorschlägen der LINKEN zur Rekommunalisierung von Unternehmen der Daseinsvorsorge.

Kampf gegen Altersarmut und Pflegenotstand, insbesondere in Bezug auf die explodierenden Selbstkosten in der Pflege im Zuge der aktuellen Pflegereform.

Investitionen in die Zukunft der kommunalen sozialen Infrastruktur, insbesondere Schulen, Senioren-, Kultur- und Jugendeinrichtungen.

Beschluss 2

Festlegung der Stärke und Struktur des Bezirksvorstands

Der Bezirksvorstand wird in einer Gesamtgröße von 20 Personen gewählt, die sich wie folgt zusammensetzt:

zwei Bezirksvorsitzende

zwei stellvertretende Bezirksvorsitzende

vier weitere Mitglieder

zwölf Wahlkreisverantwortliche (jeweils zwei von Mitgliederversammlungen in den jeweiligen Abgeordnetenhauswahlkreisen nominierte Personen)

Beschluss 3

Aktionsprogramm der Linken Treptow-Köpenick - DIE LINKE in Treptow-Köpenick als emanzipatorische Kümmererpartei

Sowohl die Corona-Politik als auch die Krisenmaßnahmen zeigen: Fokus der herrschenden Politik sind nicht Versorgung und soziale Sicherheit aller Bürger*innen. Viele Maßnahmen zielen vor allem auf eine funktionierende Wirtschaft. Ärmere, ältere, alleinerziehende, pflegebedürftige und beeinträchtigte Menschen, vor allem auch mit Migrationshintergrund, werden zurückgelassen. Die Pandemie- und Krisenbewältigung wird „privatisiert“: wer sich infiziert oder Heizkosten nicht bezahlen kann, muss sich als Einzelne/r kümmern.

Der Berliner rot-rot-grüne Senat steuert mit einem Nachtragshaushalt mit Unterstützungsmaßnahmen für Privathaushalte, einem Härtefallfonds, einem Kündigungsverbot für Mieter*innen landeseigener Wohnungsunternehmen und einem „Netzwerk für Wärme“ dagegen. Es wird jedoch darauf ankommen, dass Unterstützung wirklich dort ankommt, wo sie am meisten gebraucht wird und dass sie bedarfsgerecht erfolgt. Gute, verständliche und auch analoge Informationen für jeden Haushalt sowie kieznahe und aufsuchende Angebote sind das Gebot der Stunde. Wie weit die Angebote reichen und wer davon profitiert, wird der Winter zeigen. Viele Berliner*innen werden durch die Inflation weiter enteignet – als linke Alternative rückt Vergesellschaftung immer mehr in den Blick.

Der neu zu wählende BV wird davon ausgehend beauftragt, folgende inhaltliche und organisatorische Schwerpunkte zeitnah in konkrete Entscheidungen umzusetzen:

Der neugewählte Bezirksvorstand, unsere Fraktion in der BVV und Genn. Carolin Weingart als Bezirksstadträtin für Soziales und stellv. Bürgermeisterin greifen aktiv die Berliner Initiative "Netzwerk der Wärme" und die Lichtenberger Initiative "Zusammenkommen statt allein zu heizen" auf.

2. Dafür initiieren der Bezirksvorstand und unsere BVV-Fraktion einen bezirklichen „Sozialgipfel“ mit Vertretern der Volkssolidarität, des VdK, der Seniorenvertretung, aus Pflegestützpunkten, aus Mieterräten, Bürgerinitiativen und Vereinen, aus dem Quartiersmanagement, aus Kiechengemeinden und Unterstützer*innen-Initiativen für Geflüchtete. Wir wollen abgestimmte Maßnahmen entwickeln und vor allen jene Menschen ansprechen, beraten und unterstützen, die praktische Hilfe nicht allein erreichen können, keine Lobby haben und auch keine modernen Medien nutzen können.

Lösungen werden insbesondere für folgende Bereiche gesucht:

- Öffnungszeiten von Behörden und Einrichtungen sollten bei Bedarf und unter Einbeziehung der Beschäftigten über die regulären Öffnungszeiten hinaus (abends, an Wochenenden und Feiertagen) für ALT und JUNG geöffnet oder telefonisch erreichbar sein
- Niedrigschwellige und zugehende Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote, insbesondere auch für Bürger*innen ohne Zugang zu modernen Medien (Infoblatt /Flyer ohne englische Fachbegriffe, Übersicht über nachbarschaftliche Ansprechpartner)
- Ziel ist, ein kiezbezogenes und verdichtetes Netzwerk, in dem Beratung, Hilfe und Selbsthilfe als Ganzes entstehen und unterstützt werden kann.
- Ausbau der Kommunalen Infrastruktur ausbauen, nicht "Wegrationalisieren!". Unterstützungsanträge müssen zeitnah bearbeitet werden, insbesondere im Sozialamt. Die Kompetenzen der Sozialkommissionen sollten erweitert werden; Hausbesuche bei alleinstehenden, älteren und behinderten Mitbürgern sollten für den bevorstehenden Winter nicht nur zu Jubiläen stattfinden.
- Unsere BVV-Fraktion stellt zur sozialen Situation verstärkt schriftliche Anfragen, um die realen Bedarfe zu erfassen und unsere Bezirksstadträtin zu unterstützen, wirksame Maßnahmen zu entwickeln und in konkretes Behördenhandeln umzusetzen.

3. DIE LINKE Treptow-Köpenick organisiert eigene Aktionen, und unterstützt alle Schritte, Demos, Infostände und Blockaden mit gleichen oder ähnlichen Zielen. Die Rekommunalisierung von Einrichtungen der Daseinsfürsorge sowie von GRUND und BODEN steht dabei für uns im Mittelpunkt. Vor allem unterstützen wir alle Aktionen für eine konsequente Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen!“

4. Die guten Erfahrungen des Wahlkampfes 2021 werden durch den BV in allen Wahlbezirken verallgemeinert. Insbesondere die Erfahrungen des WK 1 und vieler älterer Genoss*innen mit Haustürgesprächen dürfen nicht formal, sondern müssen auf die Ortsteile zugeschnitten ausgewertet werden. Kiez-Aktionen zur Gestaltung von Innenhöfen, gegen ungesetzliche Baumfällungen oder zum öffentlichen Nahverkehr werden als Leuchttürme öffentlich bekannter gemacht.

Dazu ist - möglichst noch im Dezember - eine Schulungsveranstaltung mit interessierten Genoss*innen durchzuführen

5. DIE LINKE setzt sich verstärkt für eine wirksame Bürgerbeteiligung ein und entwickelt dafür, ausgehend von den bisherigen Erfahrungen im Bezirk, ein Konzept.

6. Unsere Infostände sind spürbar zu verbessern: weg von reinen "Materialverteilungsstellen" hin zu kleinen, soziokulturellen Treffpunkten für Jung und Alt. Musik- und Spielangebote schaffen Raum für gute Gespräche und Informationen an unsere Wählerinnen und Wähler. Die technische Ausstattung dafür wird ausgebaut. Eine ehrenamtliche Arbeitsgruppe beim Bezirksvorstand entwickelt dafür ein Konzept bis zum Jahresende 2022.

7. Der neugewählte BV nutzt stärker als bisher die Erfahrungen und Ideen der ehrenamtlichen AGn im Bezirksverband. Zu Bezirksvorstandssitzungen wird aktiv eingeladen, die Protokolle werden zugänglich gemacht. Der BV unterstützt kurzfristig die Durchführung eines parteiöffentlichen Erfahrungsaustausches der Links-Jugend und der AG Seniorenpolitik zum politischen Zusammenwirken und für antifaschistische Erinnerungs- und Bildungsarbeit. Telefonsprechstunden der Vorstandsmitglieder für die Parteimitglieder werden angeboten.

8. Wir nutzen verstärkt neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit in den WK und Ortsteilen, wie z.B. „Kochen auf Plätzen“, Kaffeestände der LINKS-Jugend, Fahrradkorsos. Das Konzept der LINKS-Jugend für eine AG Mitgliederarbeit wird weiter entwickelt. Der BV lädt regelmäßig Genoss*innen und Freunde aus Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen, Mietervertretern, Sport- und Kleingartenverbänden zu einem Ratschlag ein, um Erfahrungen auszutauschen, Tendenzen rechtzeitig zu erkennen und die Kräfte für gemeinsame Initiativen zu bündeln.

9. Das "blättchen" muss attraktiver und über die Partei hinaus interessanter werden. Eine social-media-Version wird gestaltet, ohne die analoge Herausgabe einzuschränken.

Wir wollen in Treptow-Köpenick wieder sichtbarer und wirksamer werden und auch hier Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Zunächst rücken wir im bevorstehenden Wahlkampf zusammen, zeigen uns verstärkt öffentlich und gewinnen neue Ansprechpartner*innen. Parteiarbeit soll wieder Freude machen und Zuversicht bringen. Wir zeigen den Menschen: für soziale Gerechtigkeit und Frieden steht konsequent nur DIE LINKE!

Beschluss 4

Beschluss zur Findung einer gemeinsamen Position des Bezirksvorstandes, der Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick und den Abgeordneten im Abgeordnetenhaus Berlin für den Bezirk Treptow-Köpenick zum Bebauungsplan 9-7 Spreepark

Wir fordern die Hauptversammlung auf, den Bezirksvorstand, die Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung und die Abgeordneten im Abgeordnetenhaus für den

Bezirk Treptow-Köpenick mit der Findung einer gemeinsamen Position mit interessierten Genoss*innen und der AG Stadtentwicklung zum Bebauungsplan 9-7 Spreepark zu beauftragen, nach deren Kriterien entsprechende Beschlussfassungen in der Bezirksverordnetenversammlung und im Abgeordnetenhaus bewertet und abgestimmt werden. Die Hauptversammlung möge die folgenden Kriterien als Grundlage für die Positionierung zum Bebauungsplan 9-7 beschließen:

1. Grünerhalt

Die vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen für die Neuversiegelung sowie das Fällen von Bäumen und weitere Eingriffe in die Natur sind in vollem Umfang umzusetzen und können nicht teilweise erlassen werden. Um die benötigten Ausgleichsflächen einzuschränken und Grün- und Waldflächen so weit wie möglich zu erhalten, sind folgende Aspekte maßgebend:

Eine Verbreitung des Dammweges sowie die Einrichtung von Parkbuchten und die damit einhergehende Neuversiegelung im Landschaftsgebiet sehen wir kritisch und sollte so gering wie möglich erfolgen. Aus diesem Grund sollte eine Verbreitung des Dammweges nur in dem Rahmen erfolgen, wie er für die Sicherung des Rettungs- und Wirtschaftsverkehrs notwendig ist.

Die im Entwurf des Bebauungsplans festgelegte Anzahl von bis zu 100 Stellplätzen, auch für Gäste des Ausflugslokal Eierhäuschen, ist auf eine deutlich geringere Zahl zu reduzieren, welche sich an den Vorgaben zu den benötigten Stellplätzen für mobilitätseingeschränkte Personen und dem Wirtschaftsverkehr orientiert. Dadurch kann die Neuversiegelung sowie die Verkehrsbelastung reduziert und der Charakter des Plänterwalds als Naherholungs- und Landschaftsschutzgebiet erhalten werden.

2. Zugänglichkeit

Wir setzen uns auf Landes- und Bezirksebene dafür ein, dass der Spreepark keine Umzäunung erhält und auch keine Eintrittsgelder für den Zutritt zum Spreepark genommen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass der Spreepark für alle gleichermaßen zugänglich ist.

3. Verkehrskonzept

Entsprechend des Charakters eines Naherholungsgebietes muss der Dammweg eine verkehrsberuhigte Mischverkehrsfläche bleiben, in welcher Fußgänger*innen und Radfahrende Vorfahrt haben. Zur Kontrolle der Einfahrten auf den Dammweg ist eine Schranke einzusetzen.

Der Entwurf des Bebauungsplans geht davon aus, dass lediglich 10% der festgelegten Zielbesucher*innenzahl von 600.000/Jahr mit dem mobilisierten Individualverkehr anreisen. Um dies zu ermöglichen, und die Lebensqualität im angrenzenden Wohngebiet zu erhalten sowie den Parkdruck dort zu minimieren, muss der Ausbau des ÖPNV (Fähranbindung, höhere Taktung der entsprechenden Buslinien, Shuttleverkehr etc.) als Grundlage für das Verkehrskonzept festgelegt werden. Darüber hinaus müssen der Ausbau und die Verbesserung des Radverkehrsnetzes in und um den Plänterwald verstärkt fortgesetzt werden.

4. Bürger*innenbeteiligung

Die umfassenden und zahlreichen Stellungnahmen der Bürger*innen aus dem Beteiligungsverfahren müssen ernsthaft und nachvollziehbar geprüft und dem

entsprechend in die Endfassung des Bebauungsplans einfließen.

Beschluss 5

Feministische Politik in Treptow-Köpenick zur Querschnittsaufgabe machen!

In einer feministischen Partei, die patriarchale und kapitalistische Verhältnisse überwinden will, wollen wir gemeinsam feministische Ideen und Projekte unterstützen und voranbringen. Die Genoss*innen der Frauen- und FLINTA-Vernetzung stellen fest:

> Themen, die insbesondere Frauen & FLINTA* betreffen, mangelt es in der Bezirkspolitik der LINKEN an Sichtbarkeit und ausreichend politischer Unterstützung.

> Unsere feministische Arbeit sollte immer Ort der solidarischen Zusammenarbeit sein und zur Mitarbeit einladen und niemals Grundlage gegenseitiger Anfeindungen und Verletzungen sein.

> Wie auf der Tagung des Bundesparteitags in Erfurt beschlossen, wollen wir #linkemetoo auf allen Ebenen aufarbeiten und dafür Strukturen schaffen und diese stärken!

> Frauen und FLINTA* müssen DIE LINKE als Vertreterin ihrer Interessen erleben und in ihr einen politischen Raum finden, wo sie ungehindert durch patriarchale Geschlechterverhältnisse für politische Veränderungen streiten können.

Weil wir für Soziale Gerechtigkeit kämpfen, streiten wir gemeinsam für die Anliegen von schlechter gestellten Personengruppen und wollen diese ins Zentrum politischer Entscheidungsfindungen rücken. Dafür braucht es den Mut und die Bereitschaft derjenigen, die von etablierten Strukturen profitieren, diese auch zu hinterfragen und Machtstrukturen aufzubrechen und Macht umzuverteilen. Ganz grundsätzlich braucht es Kommunikation auf Augenhöhe und gegenseitige Wertschätzung in einer sozialistischen Partei! Nur so können gemeinsame und ermächtigende Ideen und Politikprojekte entstehen!

Wir erwarten, dass feministische und antidiskriminierungspolitische Themen nicht hintenangelassen werden, sondern von nun an wirklich als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche begriffen werden und fordern als erste Schritte:

-> mehr Transparenz über die Arbeit des Bezirksvorstands durch regelmäßige Mitgliederinformationen, aber auch durch das Versenden von Einladungen (inkl. Tagesordnungen) und Protokollen der regelmäßigen Sitzungen an alle Mitglieder im Bezirk wäre eine Unterstützung, um etablierte Wissenshierarchien sukzessive abzubauen und Basisdemokratie in der LINKEN Treptow-Köpenick zu befördern.

-> eine Übersicht über den Mitgliederzuwachs, die nach Geschlecht und Alter sowie nach Ortsteilen bzw. Wahlkreisen erstellt wird, um ein besseres Verständnis für die Mitgliederentwicklung im Bezirk zu erlangen und eine erste Grundlage für notwendige Maßnahmen der gezielten Mitgliederansprache und Neumitgliedergewinnung in Hinblick auf verschiedene Diskriminierungsformen zu erhalten.

-> die Einsetzung einer Strukturkommission mit der besonderen Berücksichtigung zur Förderung von Vielfalt und Teilhabe in der Partei, um etablierte Machtstrukturen zu erkennen und aufzubrechen sowie ein solidarischeres Miteinander und flachere Hierarchien zu erzielen.

Beschluss 6

Beschluss Awarenesskonzept im Bezirk

Auch als Bezirksverband ziehen wir Konsequenzen aus #Linkemetoo. Wir wollen ein möglichst sicherer Ort für unsere Genoss*innen sein und innerhalb unseres Bezirksverbandes Grenzüberschreitungen durch mögliche Gewalt, Übergriffe und Diskriminierung etwas entgegensetzen.

Die Hauptversammlung beschließt daher die Einsetzung von Vertrauenspersonen für den Bezirksverband. Die Wahl findet auf der nächsten Hauptversammlung statt.

Dazu sollen weitere Debatten im Bezirk geführt werden. Das Konzept wird zur nächsten Hauptversammlung in Zusammenarbeit mit einzelnen Personen aus dem Bezirksvorstand und den Antragssteller:innen ausgearbeitet werden.

Ein möglicher Vorschlag, ausgehend von den Antragssteller:innen, könnte wie folgt aussehen:

Das Team aus Vertrauenspersonen besteht aus mindestens 2 Personen. Diese müssen in einer Blockabstimmung mit einer Zweidrittelmehrheit von der Hauptversammlung bestätigt werden. Mitglieder des Bezirksvorstandes dürfen nicht Teil der Vertrauensgruppe sein. Die Vertrauenspersonen sollen für jeweils 2 Jahre gewählt werden. Es kann eine Nachwahl beantragt werden, wenn das Team sich als nicht mehr arbeitsfähig einstuft.

Die Vertrauenspersonen sollen die Schulungsangebote, die von der Landesebene aus organisiert werden, wahrnehmen.

Das Angebot wird auf der Website des Bezirksverbandes veröffentlicht. Dort wird auf die Vertrauenspersonen, ihre Arbeitsweise und die Angebote von Bundes- und Landesebene verwiesen.

Die Vertrauenspersonen arbeiten unter folgenden Grundsätzen:

Was ist Awarenessarbeit?

Was zählt zu Grenzüberschreitungen?

Awarenessarbeit bedeutet Aufmerksamkeit und Sensibilisierung für übergriffiges Verhalten, Grenzüberschreitungen und jegliche Form von Diskriminierungen zu erzeugen, um eine sichere Umgebung für alle zu schaffen. Dieses Bewusstsein soll dafür sorgen, dass die Überschreitungen persönlicher Grenzen verringert werden. Grenzüberschreitendes Verhalten ist eine Sache subjektiver Wahrnehmung Betroffener oder von Beobachter*innen. Die Definition darüber, ob grenzüberschreitendes oder diskriminierendes Verhalten vorgefallen ist, liegt ausschließlich bei der betroffenen Person.

Im Falle von Grenzüberschreitungen solidarisieren sich die Vertrauenspersonen mit der betroffenen Person und suchen gemeinsam nach Lösungen, damit weitere Grenzüberschreitungen in der Zukunft vermieden werden können.

Was leistet die Vertrauensgruppe?

Die Vertrauensgruppe hat die Aufgabe, Betroffenen von sexualisierter Gewalt sowie Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Geschlecht oder Sexualität aus verbandsinternen Kontexten nach eigenen Ressourcen beizustehen und im Interesse dieser Betroffenen zu handeln.

Sie steht Betroffenen bei und behandelt ihnen anvertraute Dinge vertraulich. Die Vertrauensgruppe unterstützt Betroffene und vertritt dabei die Interessen dieser. In dieser Funktion zählen die Erlebnisse und Sichtweisen der betroffenen Person als Grundlage des Handelns der Vertrauensgruppe.

Sie leistet Beratung und Unterstützung bei Schiedsverfahren und Gesprächen.

Die Vertrauensgruppe steht auch auf größeren Veranstaltungen des Bezirksverbandes als Ansprechpartner zur Verfügung.

Erreichbarkeit

Die Vertrauensgruppe muss möglichst niedrigschwellig und schnell erreichbar sein. Die Kontaktaufnahme ist per E-Mail und Post möglich. Die Kontaktmöglichkeiten müssen auf möglichst vielen Wegen (Kontaktbox im Blättchen, Flyer, Rundmail, Information an BOen) verbreitet werden.

Auf Veranstaltungen ist die Vertrauensgruppe sowohl in Person als auch über ein Vertrauens-Telefon erreichbar. Das Telefon wird über die gesamte Veranstaltungszeit von einer Person aus der Vertrauensgruppe betreut.

Angebote der Partei von Land/Bund

Bundesebene

Verhaltenskodex: <https://www.die-linke.de/partei/verhaltenskodex/>

Vertrauensgruppe, Expert*innenkommission:

<https://www.die-linke.de/partei/vertrauensgruppe/> vertrauensgruppe@die-linke.de

<https://www.die-linke.de/partei/expertinnen-kommission/> kommissionlinke@posteo.de

Landesebene

Anlaufstelle (intern, extern): <https://dielinke.berlin/partei/anlaufstelle-antidiskriminierung/>
Schulungs- und Weiterbildungsangebote sollen geschaffen werden